

**Europa was nun,
mit Brexit + Macron, Klimakatastrophen + Migration?**
Warnungen + Rat namhafter Experten zu Europas globalen Herausforderungen
Vortrag von Dr. O.Specht beim Deutsch-Französischen Freundschaftskreis e.V.
Buxtehude

Die Organisatoren von „**Pulse of Europe**“ haben seit Februar über 100.000 Demonstranten mobilisiert, die in 160 Städten in 60 Ländern ihre Sympathie für Europa bekundet haben. Wer, wie „Pulse of Europe“, Europa bewahren will, muss die Ursachen und Gefahren möglicher Katastrophen (aus dem Zusammentreffen von Klimawandel, Schuldenkrise, Arbeitslosigkeit, Migration, Brexit, Protektionismus, Ukraine- und Syrienkrieg und möglichem Scheitern des € und Alleingängen von Trump) vorausschauend erkennen, Lösungsmöglichkeiten finden und den Bürgern erklären. „Pulse of Europe“ bekennt sich in 10 Punkten positiv zu Europa und sagt: als Pkt.3 „Wir sind verantwortlich.“ Und als Pkt.7 „Reformen sind notwendig.“

Seit 2013 belegen rund 3000 Seiten Fachliteratur, dass die Weltbevölkerung begonnen hat, ihre Lebensgrundlagen zu vernichten und wir vor der Wahl stehen zwischen globaler Nachhaltigkeit oder Kampf um Ressourcen. In ihrer heutigen Verfassung habe die Europäische Union keine ausreichende Solidarität, Führungseffizienz und Finanzkraft, um den drohenden **Krisen neuer Dimension** entschlossen mit Aussicht auf Erfolg zu begegnen.¹

Der renommierte französische Volkswirt **Thomas Piketty** schrieb im Februar 2013 über die Verantwortung Europas: „Die europäische Union und namentlich die politische Führung der beiden größten wirtschaftlichen und politischen Mächte, Deutschland und Frankreich, sind in hohem Maße verantwortlich für die katastrophale Lage, in der sich die Eurozone heute befindet, die das Klima in den südeuropäischen Ländern immer stärker belastet.“ („**Die Schlacht um den Euro**“ S.138). Das zwingt uns, zwei Hauptfragen zu beantworten.

Erste Hauptfrage: Funktioniert die Kooperation von Frankreich und Deutschland als Garant für Solidarität und Krisenfestigkeit der EU?
Namhafte Experten urteilen: NEIN.

Viele Franzosen sehen ihr Land aufgrund der französischen Revolution als eine führende Demokratie des Westens. Sie sind stolz auf ihr Land - als zweitgrößte Volkswirtschaft der EU und Atommacht mit Sitz im Weltsicherheitsrat - das eintritt für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit effizientem Engagement in Afrika. Diese stolzen Überzeugungen wurden bisher getrübt durch gravierenden **Reformstau und eine Systemkrise** mit ungewissem Ausgang. Was bedeutet das für Europa? Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 17.4.2017, **Emmanuel Macron**, inzwischen französischer Präsident, habe folgende Probleme benannt:

1. Deutschlands wirtschaftliche Stärke verursache Ungleichgewichte, die nicht mehr tragbar seien und Macron fordere einen Ausgleich für die starke Exportorientierung der deutschen Industrie.
2. Gleichzeitig müsse Frankreich über zwei Legislaturperioden verschleppte Reformen seines Steuer- und Sozialsystems und des Arbeitsmarktes voranbringen, ohne die es kein Vertrauen von Deutschland erwarten könne.

Das hat die deutsch-französische Kooperation für Frieden und Beschäftigung in Europa und Afrika lange beeinträchtigt. Für die Bewältigung der großen Aufgaben, „die kein Land allein lösen kann“, will Präsident Macron jetzt die Eurozone stärken. Aber Deutschland riskiert

¹ Einen Überblick über Fakten, Expertenergebnisse und Zusammenhänge zwischen Klimaveränderungen, Weltwirtschaft, Menschenrechten und der Zukunft Europas liefert **Specht, Olaf, DIE WELT VON MORGEN** verstehen „fair“ ändern und verantworten, Botschaften von namhaften Experten. BoD 2017; 192 Seiten 11,95 € (ISBN 9 783743 165908) -1-

zaudernd eine Freundschaft (G.Blume) und ein neues Erstarren von Marine Le Pen. Der Spiegel (No.20 v.13.5.17) titelt deutsch getönt „Macron...Teurer Freund..“ und Konservative und Liberale opponieren zukunftsfern gegen aufgabengerechte Finanzausstattung der EU.

S.Gabriel, P.Steinbrück und F.-W. Steinmeier veröffentlichten am 15.5.2012 in Berlin einen Programmvorschlag „**Der Weg aus der Krise, Wachstum und Beschäftigung**“ mit Teil I Jetzt handeln - für Wachstum, Beschäftigung und eine Neuordnung der Finanzmärkte mit Punkten (1) Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit, (2) Bekämpfung der Finanzmarkt- und Bankenkrise (3) Wachstums- und Beschäftigungsprogramm (4) Investitions- und Aufbaufonds (5) Unterstützung der öffentlichen Administration (notleidender Staaten.) und Teil II Europa neu ausrichten durch eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion mit Vorschlägen für einen Europäischen Schuldentilgungsfonds, Strukturwandel im EU-Haushalt, gemeinsame Industriepolitik und einen Sozialen Stabilitätspakt etc. (vgl. Specht op.cit. S.118 ff)

Steinmeier hat ferner in seinem Buch „**Europa ist die Lösung**“ 2016 die notwendigen Veränderungen für die Zukunftssicherung der EU und Stabilität der Eurozone veröffentlicht. Er definiert, an Churchills berühmte Züricher Rede von 1946 anknüpfend, die Hauptziele für Europa, um das Erreichte gegen akute Bedrohungen von außen und innen zu bewahren. Seine wichtigsten Punkte sind (Seiten 25, 37-39):

1. Ohne konkretes Ziel kann es keine Roadmap (Einigung über notwendige Schritte, Zeit und Kosten) geben.
2. Europa muss den Ländern in schwierigen Reformprozessen Licht am Ende des Tunnels zeigen.
3. Europa muss den Jugendlichen in diesen Ländern eine europäische Perspektive schaffen.
4. Die Länder, die auf dem Weg zu einer vertieften Einheit vorangehen wollen, dürfen nicht von denen, die noch nicht mitgehen wollen, daran gehindert werden, unter der Bedingung, dass draußen gebliebene Mitglieder einer vertieften Einheit später beitreten können.
5. Am Ende der Reformprozesse muss ein stabiler gestärkter Euro stehen.

Der letzte Punkt führt zur nächsten Hauptfrage.

Zweite Hauptfrage: Kann die Eurozone mit ihren heutigen Regeln auf lange Sicht funktionieren?

Die Antwort von namhaften Ökonomen, z.B. dem Franzosen **T. Piketty** (Autor von „Die Schlacht um den Euro“ S.170) und dem Amerikaner **J. Stiglitz** (früherer Chefvolkswirt der Weltbank und Autor von „Europa spart sich kaputt“ S.235) sowie **den** Historikern **I. Mortimer, B. Simms** und **B. Zeeb** und der Politiker **H. Schmidt, F.-W.Steinmeier** und **E.Macron ist NEIN.**

Der frühere Chefvolkswirt der Weltbank **Joseph Stiglitz** widmet in „**Europa spart sich kaputt**“ 2016 den Fehlern der europäischen Einheitswährung und deren Überwindung 12 Kapitel auf 427 Seiten. Es ist nicht möglich, das seriös und verständlich hier zusammenzufassen. Ich muss mich auf **wichtige Schwächen des Euro** beschränken:

1. Die Mitgliedsländer der Eurozone weisen starke Unterschiede in ihrer Wirtschaftsstruktur, Produktivität und ihren Einkommen auf.
2. Die Gründer der Eurozone hofften, dass die Liberalisierung der Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte einen Prozess der Konvergenz, also Angleichung, in Gang setzen würde. Wie von Experten gewarnt, trat das Gegenteil ein, Divergenz und Entfremdung.
3. Und nun erwies sich schmerzlich, dass durch die gemeinsame Währung die heilsame Möglichkeit von Wechselkursanpassungen entfallen war und

4. dass die EU nicht nur dafür nicht zuständig war, mit Fiskalpolitik, also staatlicher Einnah-men- und Ausgabenpolitik, in schwachen Regionen Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nein, ihr fehlen bis heute auch die Finanzmittel dafür, denn sie verfügt nur über ein Budget von 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ihrer Mitglieder. Zum Vergleich: Die Zentralregierung der USA verfügt über 20%.

-2-

5. Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat Handicaps. Sie ist auf die Wertstabilität des € fixiert und ist nicht wie die US-Notenbank zu Konjunktur- und Arbeitsmarktunterstützung verpflichtet.
6. Darüber hinaus ist die Mindestreservpolitik, das schärfste Schwert der Geldmengensteuerung der Notenbanken, geschwächt. Es ist die Verpflichtung, dass Geschäftsbanken für jeden von ihnen gewährten Kredit einen bestimmten Prozentsatz bei der Notenbank in Reserve hinterlegen müssen. Dieses klassische Instrument der Inflations-bekämpfung kann auf liberalisierten Kapitalmärkten unterlaufen werden.
7. Die Volkswirtschaften der Eurozone sind weitgehend schutzlos den Turbulenzen internationaler Spekulation ausgesetzt. Staatskapitalisten wie China und Russland können beliebig Vermögenswerte kaufen und bei ersten Anzeichen nahender Schwierigkeiten destabilisierend Kapital wieder abziehen. (Man sagt: Das Kapital fließt bergauf, weg vom Risiko.)
8. Das ZDF meldet am 10.7.2017: Die Banken der EU seien noch immer durch faule Kredite in Höhe von 900 Mrd. Euro gefährdet. Das hat neben latenten Risiken die schädliche Folge restriktiver Kreditvergabe an Kleinunternehmen.
9. Bei schwacher Konjunktur steigt in Krisenländern das Liquiditätsrisiko der Geschäftsbanken. Gleichzeitig sinken Beschäftigung und Einkommen der Bürger. Durch steigen-de Arbeitslosigkeit sinken Steuereinnahmen und steigen die Sozialausgaben der öffentlichen Kassen. Oft verschlimmern Importüberschüsse diese Lage. (siehe. 14.)
10. Wenn eine Regierung dann zur Rettung von gefährdeten Banken im Ausland Kredite aufnimmt und für deren Rückzahlung Sparmaßnahmen einleitet und Sozialleistungen kürzt, dann verschärft das (wie jeder Volkswirt weiß) den Abschwung. Die Schwächsten verlieren ihre Existenzgrundlage durch drastische Rentenkürzung, Entlassung oder Geschäftsaufgabe u.U. mit Verlust des Eigenheimes. Konservative und liberale deut-sche Befürworter nennen diese die Menschenwürde missachtenden Sparprogramme beschönigend Austeritätspolitik.
11. Die damit verbundene Verschlechterung der Lebenswirklichkeit der schwächsten Bürger, um Banken zu retten, kritisiert Habermas und nennt Lehndorff Aufschwung durch Verarmung. Das spaltet die EU zunehmend in Gewinner und Verlierer. Viele deutsche Politiker finden das in Ordnung, aber es ist ökonomisch falsch und „brand-gefährlich“ für die Demokratien und den Zusammenhalt der EU.
12. Die Privatisierung staatlicher Unternehmen schafft dem Staat zwar einmalig Liquidität (z.B. zur Schuldentilgung), ist aber meistens verbunden mit der Preisgabe staatlicher Verantwortung für das Gemeinwohl seiner Bürger. Es ist oft der falsche Weg.
13. Das von Konservativen und Liberalen 2017 erneut gegebene Wahlversprechen, in der EU keinen Schuldentransfer zuzulassen, gefährdet die notwendige Reform der Eurozone. Stiglitz und Helmut Schmidt haben darauf hingewiesen: Das nimmt das Risiko des Zusammenbruchs der Eurozone in Kauf. Außerdem ist es unaufrichtig, denn die monatlichen rd. 60 Mrd. Wertpapierkäufe der EZB können auf lange Sicht unkontrolliert auf einen Schuldentransfer hinauslaufen.
14. Deutschlands Exporte gehen zu rd. 60% in die EU. Unsere anhaltend steigenden Exportüberschüsse erreichten 2015 insgesamt fast 250 Mrd. €, davon knapp 100 Mrd. € mit Frankreich, Großbritannien und Italien. Das entspricht bei einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 33.000,- € p.a. dem Jahreseinkommen von rd. 3 Mio. Beschäf-

tigten. Unsere Exportüberschüsse sind Importüberschüsse im Empfängerland. Sie verursachen dort in entsprechender Höhe Arbeitslosigkeit, senken die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge. Zugleich steigen die Ausgaben der Staats- und Sozialkassen für die Unterstützung der Arbeitslosen. Zum Außenhandelsdefizit kommt also ein zweites Defizit, das der Staats- und Sozialkassen hinzu. In der EU waren 2015 4,3 Mio. junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit und zwar in Griechenland 52%, Spanien 46% und Italien 36,7% (Quelle: Fischer Weltalmanach 2017 S.616) **-3-**

Piketty kritisiert wie Macron zu Recht, mit solchem Ungleichgewicht könne die EU nicht funktionieren (S.113 f.). – Stiglitz (S. 295-330) und Piketty (S.170) urteilen, die Rettungspolitik der EU sei gescheitert. Sie fordern wie **Joschka Fischer** einen Neustart für die Eurozone.

Joseph Stiglitz nennt als notwendiges Reformziel eine Umkehr weg vom heutigen Automatismus zu wachsender Divergenz hin zu zukünftiger automatischer Konvergenz verschieden starker Volkswirtschaften. Dafür sei Folgendes notwendig: „Soll ein einheitlicher Währungsraum (wie die Eurozone) funktionieren, muss man zwei Hauptprobleme lösen: Wie sorgt man dafür, dass *alle* Länder Vollbeschäftigung aufrecht erhalten können und dass *kein* Land anhaltende Handelsbilanzungleichgewichte hat, bei denen die Einfuhren Jahr für Jahr die Ausfuhren übertreffen.“ Dafür fordert er z.B. eine flexible Anpassung der Kredit- und Zinspolitik der Europäischen Zentralbank an regional unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen verschieden starker Volkswirtschaften. Er nennt das den „flexiblen Euro.“²

Piketty schreibt in „Die Schlacht um den Euro“ 2015: „Eine konkrete Lösung könnte sein, eine neue **Haushaltskammer der Eurozone** zu schaffen, in der die Finanz- und Sozialausschüsse des Deutschen Bundestages und der Französischen Nationalversammlung und derjenigen Länder vertreten sind, die auf einem solchen Weg vorangehen wollen. Ein Finanzminister der Eurozone an der Spitze eines europäischen Schatzamtes wäre gegenüber dieser Kammer verantwortlich. Das wäre die Keimzelle einer europäischen Bundesregierung. Solche Regelungen liegen durchaus in Reichweite.“ (S.121 f.). Ohne mutige Schritte in diese Richtung, besonders gemeinsame Investitionsfinanzierungen, bleiben die wirtschaftliche und politische Stärke Deutschlands, Reformdefizite einiger Krisenländer und die unvollendeten Regeln der Eurozone mitverantwortlich für unzureichende Solidarität und eine zunehmende Spaltung der Eurozone in Gewinner und Verlierer. Das bedroht den Zusammenhalt der EU, ihr effizientes Handeln in Afrika und dadurch auch deutsche Exportmärkte und Arbeitsplätze.

Piketty hat mit Koautoren in „Für ein anderes Europa“ 2017 den Entwurf eines Vertrages zur Demokratisierung der Eurozone veröffentlicht „damit Europa wieder zu dem wird, was es sein sollte: ein Projekt, das den Wohlstand der Vielen mehr und nicht bloß den der Wenigen.“ Die Autoren begründen, dass dieser Vertrag im Einklang mit den bestehenden EU-Verträgen beschlossen werden kann. Ihre Vorschläge zielen auf demokratisch legitimierte und kontrollierte Steigerung der Effizienz und Handlungsfähigkeit der Eurozone auf den Gebieten der Krisenprävention und solidarischer Krisenbewältigung. Die heutige Führung der EU und der Eurozone durch Beschlüsse des Rates aus nationalen Regierungschefs und die heutige Finanzausstattung der EU mit nur 1% des BIP ihrer Mitgliedsstaaten³ erlaubt zu oft keine oder nur späte Kompromisse aus nationalen Egoismen und Uneinigkeit, mit dem Ergebnis kollektiver Hilflosigkeit gegenüber großen Problemen (wie Migration) und drohenden Katastrophen. Das alles bedenkend muss man Helmut

² J.Stiglitz, Europa spart sich kaputt, Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht, München 2016, S.128 u. Teil IV Lösungsansätze S.293 ff.u. Der Brexit und seine Folgen, S.391 ff.

³ Die US-Regierung verfügt – wie gesagt - über Finanzmittel in Höhe von 20% des BIP ihrer Mitgliedsstaaten.-4-

Schmidt zustimmen. Er hat 2013 die deutsche Europapolitik als „Gewurstel“ kritisiert. Habermas kritisiert sie als „Wirtschaftsnationalismus.“

Europa und Deutschland brauchen jetzt eine Änderung der deutschen Politik zur Erreichung zugesagter Klimaschutzziele und zur echten Stabilisierung der Eurozone und Vermeidung der Völkerwanderung aus Afrika. Deutschland schuldet Europa im eigenen Inter-esse etwas deutlich anderes als aufschiebendes Abwarten, nämlich geistige Führung und kreative Zukunftssicherung mit Finanzausgleich. Artikel 23 des Grundgesetzes verlangt, dass die Bundesrepublik „bei der Entwicklung der Europäischen Union mitwirkt“, Subsidiarität und Übertragung von Hoheitsrechten sind dort vorgesehen. (vgl. Leitlinien der SPD v.7.12.17 S.2)

Für die drei wichtigsten Herausforderungen wähle ich die einprägsamen Initialen **WWF**

1. **Weniger CO₂ zum Schutz des Klimas** statt des tolerierten Abgasbetrugs zügige Umstellung auf Elektromobilität, entschlossenere energetische Gebäudesanierung, sozial abgedeckten Kohleausstieg und weniger Fleisch auf unseren Tellern.
2. **Wirklich fairen Welthandel** statt von Gier und Spekulation getriebenen, Hungerkatastrophen und Umweltschutz gering achtenden, Freihandel.
3. **Finanzausgleich zwischen wirtschaftlich unterschiedlich starken EURO-Ländern** gegen Kollaps der Eurozone mit demokratischer Kontrolle zur Sicherung des Fortbestands der EU und für faires Engagement in Afrika.

Zu 1. Deutschlands CO₂-Ausstoß bleibt seit Jahren konstant, weil der Anstieg des Verkehrssektors und die Kohleverstromung Einsparungen anderer Sektoren vertilgen. So verfehlt Deutschland seine in Paris zugesagten CO₂-Einsparungen. Zum nächsten Klimagipfel im Dezember in Paris muss Deutschland den ursprünglichen Klimaschutz-/Dekarbonisierungsplan des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums „wiederbeleben“, aus dem das Kanzleramt den sofortigen Beginn des Ausstiegs aus der Kohle und einen festen Termin für das Ende von Neuzulassung von Kohlenstoff getriebenen Fahrzeugen eliminiert hat.(Quelle: Bericht des Spiegels)

Zu 2. Deutschland und Europa dürfen nicht länger neokapitalistischen Freihandel propagieren und in völkerrechtlichen Verträgen festschreiben, solange dieser in vielen Ländern mit Sklavenarbeit ähnlichen Arbeitsverhältnissen und rücksichtsloser Umweltzerstörung verbunden ist. Europa muss vielmehr (gemäß **UN-Standards des Global Compact**) weltweiten Fairen Handel mit menschenwürdigen Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie Umweltschutz-standards aushandeln und praktizieren. Europa muss aufhören, seinen Unternehmen zu erlauben, Afrika mit subventionierten Agrarprodukten (z.B. Milchpulver, Hähnchen-Restteilen und Tomatenmark) und unserem Müll sowie gebrauchten Textilien zu „überfluten“, seine Küsten leer zu fischen und seine Rohstoffe unterbezahlt zu plündern. Das ist menschen-rechtswidriger Missbrauch von Freiheit. Korruption von Regierungen nutzend sind Europas Wirtschaftspraktiken Mitverursacher der neuen Völkerwanderung von Armut- und Klimaflüchtlingen. Deutsche Exportüberschüsse verschlimmern diesen Skandal, denn sie verursachen bekanntlich Importüberschüsse und Schulden im Süden der EU, in den USA und Afrika. Das kostet dort Arbeitsplätze und uns die Sympathie unserer Nachbarn und Kunden. Der bedeutende britische Ökonom Keynes empfahl, Exportüberschüsse zu besteuern und die Steuereinnahmen zum Ausgleich der durch die Exportüberschüsse verursachten Ungleichgewichte einzusetzen. Genau das fordert Macron und es ist notwendig, wenn wir die Eurozone vor einem Kollaps bewahren und das Auseinanderbrechen der EU vermeiden wollen.

Zu 3. Die EU hat das Potential, wesentlich zur Lösung der globalen Probleme beizutragen, aber kann das mit ihren gegenwärtigen Strukturen und Regeln nicht effizient leisten. Sie braucht die von Steinmeier, Piketty und Stiglitz oben zitierten Reformen mit mehr Demokratie in föderalen Strukturen und einer deutlich besseren Finanzausstattung (z.B. aus einer Finanztransaktionssteuer und europäischen Projektanleihen, die nicht mit den von Frau Merkel, Herrn Schäuble und Herrn Söder konstant verteufelten „Eurobonds“ verwechselt werden dürfen, weil sie an konkrete Projekte gebunden sein würden und dadurch gute Wirtschaftlichkeit, hohe Sicherheit mit guter Transparenz sowie demokratischer Kontrolle ermöglichen würden). Das wäre wesentlich besser und ehrlicher als das, was heute unkontrolliert zur vertuschten Vergemeinschaftung von Schulden führt. Die Europäische Zentralbank (EZB), für die Deutschland als Gesellschafter mithaftet, kauft nationale Schuldverschreibungen zweifelhafter Bonität in großem Stil. D.h. die EZB hält die Eurozone liquide, weil die nationalen Regierungschefs im Rat der EU nur Banken retten, aber vertragsgemäß keine europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu Stande bringen!

-5-

Helmut Schmidt schrieb in „Mein Europa“ 2013 (2.Aufl.) (Unterstreichungen Spt.):

„Nur wenn wir gemeinsam daran arbeiten, die EU zu vollenden und aus ihr ein wirklich funktionsfähiges Ganzes zu machen, können die europäischen Nationen erwarten, Einfluss in der Welt zu behalten. (S. 251)...Der Prozess der Erweiterung der EU zu einem Gebilde, das schließlich 27 Länder mit etwa 530 Millionen Einwohnern umfasst, unterscheidet sich grundlegend von dem Prozess, aus dem die EU entstanden ist, und kann uns nicht zu einem einheitlichen System führen (S. 253)...

1. Die Priorität liegt bei der institutionellen Reform, um Funktionsfähigkeit zu erlangen – andernfalls wird das System zusammenbrechen. ...In diesem europäischen Raum werden alle Nationen, auch Deutschland und Frankreich, das, was sie als in ihrem Interesse liegend begreifen, mit der gebotenen Solidarität akzeptieren. Nationale Entscheidungen werden sie in solchen Angelegenheiten behalten, die keine gemeinsamen Lösungen oder Regelungen erfordern. Das Subsidiaritätsprinzip muss endlich durchsetzbar gemacht werden. (S. 253)
2. Die zweite Entwicklungsebene wird die Organisation einer gemeinsamen europäischen Verteidigung sein. Dieser Prozess ... setzt in der Öffentlichkeit die Bereitschaft voraus, einen Mechanismus zu akzeptieren, der schnelle und effiziente Entscheidungen ermöglicht. (S. 253-254)
3. Auf der 3.Ebene wird es um das gehen, was von den anfänglichen Bemühungen übrig geblieben ist. Es liegt auf der Hand, dass eine vollständige Integration für rund dreißig Länder mit höchst unterschiedlichen politischen Traditionen, Kulturen und ökonomischen Werdegängen kein realistisches Ziel ist. ...Die einzige realistische Option besteht also darin, dass die Integration von jenen Ländern vorangetrieben wird, die den politischen Willen dazu haben und deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen nahezu gleich sind. Im Augenblick gehören alle diese Länder zum Euro-Gebiet, dessen Bevölkerung schon jetzt größer ist als die der Vereinigten Staaten.
4. Werden einige dieser Länder einen neuen Weg einschlagen und sich die Integration einiger ihrer politischen Kompetenzen auf einer föderalen Basis zum Ziel setzen? Ein solcher Ansatz erfordert sicherlich eine Initiative, die von den Gründerländern Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten sowie einigen anderen gutwilligen und entschlossenen Kandidaten ausgeht. Damit dieser Prozess wirksam werden kann, sind zusätzliche Institutionen nötig: ein Rat, eine parlamentarische Struktur, die tragfähige Verbindungen zu den nationalen Parlamenten unterhält, aber

wahrscheinlich keine Kommission.“(S. 254) Schmidt schließt mit dem Appell: „Europa bedarf der Führungskraft von Leuten, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, die das Vertrauen ihrer Wähler besitzen und die bereit sind, klar und deutlich Ihr Ziel und ihre Entschlossenheit zu formulieren: noch einmal Geschichte zu gestalten.“ (S. 255) Darum ging es bei der Bundestagswahl, aber Merkel und Schulz mieden das Thema.

Die Historiker **Simms und Zeeb** halten in „**Europa am Abgrund**“ 2016 die aktuellen Bedrohungen der EU für gleichrangig mit den Bedrohungen, die zur Gründung des United Kingdom und der USA geführt haben. Sie schließen mit der Warnung: „Wenn wir jetzt die Chance nicht ergreifen, den Sturz unseres Kontinents in den politischen Abgrund zu verhindern, werden wir dazu keine weitere Gelegenheit bekommen.“ (S.130)

-
6-

Anhang: Dimensionen globaler Herausforderungen der EU

- 1 **Europa muss sich behaupten in 4 globalen Herausforderungen**
- 1.1 **Rapides Bevölkerungswachstum** in Regionen der Armut (Afrika+Asien)
- 1.2. **Ressourcen ungenügend** für globalen Wohlstand auf Westniveau
- 1.3. **Globalisierungsverlierer** drängen in großer Zahl zu uns
- 1.4 **Klimawandel** bedroht irreversibel Kipppunkte und verursacht **Migration** von 100en von Mio. Menschen

Zu 1.1 und 1.2 Bevölkerung + Ressourcen

Signale Globaler Überforderung (WWF Kurzbericht 2017)

Angebot der Welt	1961	2010
Biokapazität in Mrd. gha	9,9	12
Bevölkerung in Mrd. Pers.	3,1	7 (?)
Biokapazität gha pro Pers.	3,2	1,7
Nachfrage der Welt		
ökol. Fußabdruck gha pro Pers.	2,5	2,7

Deutschlands Nachfrage 4,6;

Deutschlands Angebot 1,9

60% unseres Verbrauchs an nachwachsenden

Ressourcen stammen aus d. Ausland bes. Lat-Am.

6

Zu 1.3 Globalisierungsverlierer

Heute wachsen Widersprüche zwischen Versprechen der Demokratie und Wirklichkeit der Globalisierung
Erkennbar ist:

1/4 der Menschheit verbraucht

3/4 der Ressourcen.

Freihandel ändert das i.d.R. NICHT!

vgl. Mortimer, Zeiten d. Erkenntnis 2017, S.389

7

Schief lagen in Mrd. US-\$

USA Importüberschuss 2014

Gesamt	- 791,7 davon
Aus China	- 264 (2012 grobe Annäherung)
Aus EU	- 102,3
Aus D	- 46,7

Deutschland Exportüberschuss 2014

Gesamt	+ 283 davon
Nach EU	+ 192,0
Nach F	+ 42,5
Nach IT	+ 6,1
Nach GR	+ 3,1

China Exportüberschuss 2012
nach EU 146; nach D 11,8 US\$

Quelle: Wikipedia
Weltwirtschaft

Brexit= Unsicherheit für GB u. EU! Großbritanniens Zahlen für 2015

	in Mrd. €	Bto-Inlandsprod. BIP 2.549			
	Export 414,8	16,3% vom BIP			
./.	Import <u>564,2</u>	22,1% vom BIP			
=	Defizit <u>149,4</u>	5,8% vom BIP			
	Staatsverschuldung	89,2% vom BIP			
	USA	EU	D	F	China
Export nach	15%	44%	10%	6%	6%
Import aus	9%	54%	15%	5%	10%

Quelle: Fischer Weltalmanach 2017 S. 180

**Wohlstand für alle
auf Westniveau ist NICHT möglich.**

(L.C.Smith, Die Welt im Jahr 2050, München 2010 S.25ff.)

**Ohne FAIRE Weltwirtschaft folgen
unkontrollierbar Zusammenbruch von
Staaten, Kriege + Völkerwanderung.**

**„Wer Europa bewahren will,
muss Afrika retten“.**

A.-W. Asserate, Die neue Völkerwanderung, Berlin 2016

Chinas Projekt Seidenstraße

Die 900 Mrd.\$ -Initiative erschließt China den Zugang zu Zentralasien, dem Mittleren Osten, Afrika und Europa mit einem interkontinentalen Infrastruktur-Netzwerk. Simultan drängt China mit Kauf von Hightech-Unternehmen auf dem Gebiet Künstlicher Intelligenz (IK) an die Weltspitze und den Westen technologisch, ökonomisch und kulturell in die Defensive.

Strategisches Szenario No.6 der Bundeswehr

„**Mögliches Scheitern der EU** mit womöglich unübersehbaren Folgen für die Sicherheit Deutschlands... ist mit dem Zeithorizont **2040 plausibel**“

Quelle: Der Spiegel No.45 4.11.2017 S.34

12 akute Bedrohungen alle mit Zeitzünder kleiner 50 Jahre

Umweltprobleme

1. Landverlust
2. Fisch- u. Waldsterben
3. Artensterben
4. Bodenerosion

Gesundheitsgefährdung durch

8. Industriegifte
9. Artenwanderung
10. Treibhausgase
11. Bevölkerungswachstum
12. Müllberge

Erschöpfung von

5. Primärenergie(Öl, Gas, Uran)
6. Süßwasser
7. Flächen für Fotosynthese

Alle 12 Bedrohungen sind interdependent und müssen jetzt gleichzeitig entschärft werden

vgl. Specht S. 9 f.

Quelle: Jared Diamond

Ian Mortimer „Zeiten der Erkenntnis“ München und Berlin 2017 432 S. 12,00 €
(Englischer Originaltitel: Centuries of Change, Which Century Saw the Most Change and Why it Matters to Us)

Ian Mortimer hat die großen Veränderungen der vergangenen zehn Jahrhunderte analysiert. Als Ursachen gravierender Veränderungen im 21. Jahrhundert beschreibt er unsere Überbeanspruchung zur Neige gehender wichtiger Ressourcen (Öl, Kohle, Uran etc.), den Trinkwassermangel, einen Trend zu oligarchischer Unterwanderung der Demokratien durch fortschreitende Konzentration von Kapital und wirtschaftlicher Macht sowie das globale Bevölkerungswachstum als Ursache zunehmender Bodenknappheit mit der Folge dramatischer Welternährungsprobleme. Zu den in diesem Jahrhundert daraus folgenden Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung schreibt er: „Das politische Lächeln der Demokratie, das das Wirtschaftswachstum selbstsicher als das „Normale“ präsentiert, verwandelt sich immer deutlicher in die gepeinigten Fratzen der Desillusionierten und Enttäuschten.“ (S. 396 f.)

Die Menschheit verbraucht schon heute insgesamt jedes Jahr rund 60% mehr an nachwachsenden Ressourcen als nachwachsen (vgl. oben S.7). Daraus folgt wegen ca. 50% mehr Menschen in Afrika und Asien bis etwa 2050 die Katastrophe, wenn es nicht gelingt aus globaler Verantwortung vom Wachstumswahnsinn zu Nachhaltigkeit umzusteuern. Wer damit zögert, zerstört die Zukunft unserer Kinder.

Abschließend Anregungen zur oft gestellten Frage:

Wie kann Deutschland seine Exportüberschüsse verringern?

Für eine Prüfung und Vertiefung in einer wegen hoher Komplexität (z.B. unbekanntes Preiselastizitäten) anspruchsvollen Studie:

- Der bedeutende Ökonom Keynes schlug vor, Exportüberschüsse zu besteuern und die Einnahmen zur Behebung der von den Exportüberschüssen verursachten Schäden in den Importüberschussländern zu verwenden.
- Das Stabilitätsgesetz vom 8.6.1967 verpflichtet Bund und Länder, bei wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten und zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand, zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht sowie zu einem stetigen und angemessenen Wachstum beizutragen. (wegen der Komplexität der Aufgaben kurz „magisches Viereck“ genannt). Das Gesetz definiert ein dafür geeignetes und zulässiges Maßnahmenprogramm der Steuer- und Informationspolitik. (Quelle und Details vgl. Zeitlexikon Stichwort: Stabilitätsgesetz.)
- Der frühere Chef des IFO-Instituts H.-W. Sinn hat einst dazu geraten, Deutschland solle lieber in Schulen und Brücken investieren, anstatt Exporte zu verschenken an Länder, die sie nicht bezahlen können.
- Steigerung niedriger Einkommen führt über mehr Konsum direkt zu zusätzlichen Importmengen.
- Eine Kampagne „kauft europäisch“ kann den Import ausländischer Investitions- und Konsumgüter fördern.
- Bessere Bezahlung von ausländischen Lieferanten (im global sourcing) erhöht die Importwerte bei gleicher Menge und
- verringert den Anreiz, Fabriken ins Ausland zu verlagern, das steigert die Inlandseinkommen, sowie Konsum und Importe.
- Bevorzugung von Importen bei öffentlichen Ausschreibungen erhöht Importe
- Import von Solarstrom aus Südeuropa schlug Helmut Schmidt 2009 vor
- Die Nutzung Norwegischer Pumpspeicherwerke als Teil der deutschen Energiewende erscheint wesentlich und würde Importe steigern, aber wird vernachlässigt.

Die Hauptquellen der Kernaussagen (2190)S.

zu Ignoranz:

I.Mortimer: **Zeiten der Erkenntnis**

zu Putin:

G.Krone-Schmalz: **Eiszeit!!**

zu Klima:

C.Turmes: **Die Energiewende**

zu Migration

A.-W.Assef: **Die neue Völkerwanderung**

zu Europa : (860 von 2190 Seiten)

J.Stiglitz, 2016 **Europa spart sich kaputt**

Th.Piketty, 2017 **Für ein anderes Europa**

F.-W.Steinmeier,2016 **Europa ist die Lösung**

Die Kernaussagen+ Erfordernisse für ein lebenswertes Europa

- 1.Neu im 20.Jahrh: die Überforderung des Planeten
- 2.EU braucht Sicherheit mit, nicht gegen Putin
- 3.In 30 Jahren müssen Verkehr+Wohnen CO2-frei sein, Energiewende muss sehr beschleunigt werden
- 4.EU muss,um zu bestehen, Afrika retten: entwickeln
- 5.Europa spart sich kaputt;braucht für alle Mitglieder Vollbeschäftigung und ausgeglichenen Außenhandel
- 6.Steinmeier zeigt den Weg: Vertiefg.+Rettung des €
- 7.Piketty + Co. definieren demokratische Kontrolle
- 8.Specht nennt die Maßnahmen die jetzt notwendig sind, um unsere Kinder vor Katastrophen zu schützen